

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. AZADI e.V. unterstützt diejenigen Per-sonen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betä-tigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden. Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- u. Bestelladresse:

AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln

E-Mail: azadi@t-online.de
Internet: www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank eG mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Kto-Nr. 8035 782 600

Aus dem Inhalt:

- 1-6 Prozesse
- 7-8 Verbotspraxis
- 8-9 Repression
- 10 Gerichtsurteile
- 11 Aktion
- 12 Asyl- u. Migrationspolitik
- 12-13 Zur Sache: Türkei/Kurdistan
- 14 Internationales
- 15 Deutschland spezial
- 15-17 Neuerscheinung

Hauptverfahren gegen Ridvan Ö. und Mehmet A. vor dem OLG Stuttgart eröffnet Verteidigung beantragt Aussetzung des Verfahrens und Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Norm des § 129b StGB

Vor dem 6. Strafsenat (Staatsschutz) des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart begann unter Vorsitz des Richters Hermann Wieland am 13. September der Prozess gegen die kurdischen Aktivisten Ridvan Ö. und Mehmet A. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt sie der Mitgliedschaft in der „terroristischen“ ausländischen Vereinigung PKK (§ 129b Abs. 1 und § 129a Abs. 1 Strafgesetzbuch).

Sie sollen sich im Zeitraum von März 2010 bis Juli 2011 bzw. von Oktober 2009 bis Juli 2011 im Bundesgebiet bzw. in Frankreich als Führungskader der Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ (KC) betätigt haben. Diese wiederum unterstehe dem von der PKK ins Leben gerufenen System der „Vereinigten Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK) und sei der Europaorganisation gegenüber rechenschaftspflichtig. Darüber hinaus vertritt die BAW die These, dass die seit 2004 bestehende Stadtguerilla „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) der PKK zuzurechnen sei, obwohl es seitdem gegenseitig eindeutige Distanzierungserklärungen gibt, die wiederum von den deutschen – wie türkischen – Behörden als taktisches Vorgehen uminterpretiert werden.

Den angeklagten Kurden wird vorgeworfen, Spendengelder für die Organisation gesammelt, Nachwuchs für die Guerilla und den Funktionsapparat rekrutiert, öffentlichkeitswirksame Demonstrationen, Schulungsveranstaltungen und Aktionen durchgeführt sowie Reisen von Kadern organisiert zu haben.

Beschuldigungen, wonach Ridvan Ö. und Mehmet A. als mutmaßliche Mitglieder einer Vereinigung im Ausland dort möglicherweise Straftaten begangen hätten, gibt es nicht. Muss es im Sinne des § 129b auch nicht, weil jedes tatsächliche oder mutmaßliche Mitglied einer als terroristisch eingestuften Organisation automatisch für deren gesamten Aktivitäten mitverantwortlich gemacht wird.

Der 1982 in Bingöl geborene Ridvan Ö. ist, nachdem die politische Verfolgungssituation gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei eskalierte und er selbst bedroht war, im September 2001 auf dramatische Weise in einem Schlepperschiff nach Italien geflüchtet und dort als politischer Flüchtling anerkannt worden. Dort konnte er Fuß fassen, sehr schnell italienisch lernen, einen erfolgreichen Schulabschluss machen und mit Hilfe solidarischer Menschen insbesondere eine Theaterakademie besuchen. So konnte er mit einer Theatergruppe durch Italien reisen und als Schauspieler seine eigene Geschichte spielen. Später reiste er nach Belgien, in

die Schweiz, nach Frankreich und häufiger nach Deutschland, u. a. nach Hamburg, um an kulturellen Aktivitäten teilzunehmen.

Ridvan Ö. wurde am 17. Juli 2011 am Flughafen Düsseldorf festgenommen und befindet sich seit dem 18. Juli in Untersuchungshaft.

Die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung nach § 129b StGB erteilte das Bundesjustizministerium am 1. April 2011.

Mehmet A. reiste im November 2000 mit seinen Eltern und zwei Schwestern aus der Türkei in die BRD ein. Sein Asylantrag wurde ein Jahr später abgelehnt. Nach einem Klageverfahren hat das damalige Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Ende 2001 die Voraussetzungen für ein Abschiebeverbot aus Gründen der politischen Verfolgung anerkannt und Anfang 2002 erhielt Mehmet A. Reiseausweis und Aufenthaltsbefugnis.

Im Juni 2006 dann widerrief das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seinen Asylstatus wegen Unterstützung der PKK und weil ihm in der Türkei angeblich keine politische Verfolgung mehr drohe. Klagen hiergegen blieben erfolglos, eine Zulassung auf Berufung für einen erneuten Antrag auf Flüchtlingszuerkennung wurde abgelehnt und im August 2010 die sofort vollziehbare Ausweisung durch das zuständige Regierungspräsidium verfügt. Auch hiergegen ist Klage erhoben worden.

Mehmet A. wurde am 17. Juli 2011 in Freiburg festgenommen und ist seit dem 18. Juli in Untersuchungshaft. In seinem Fall hat das Bundesjustizministerium die Ermächtigung zur Strafverfolgung nach § 129b am 12. Mai 2011 erteilt.

Beide Angeklagten haben sich am ersten Verhandlungstag zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen nicht geäußert.

Die historischen Fakten und politischen Hintergründe des türkisch-kurdischen Konflikts werden vonseiten der Anklage völlig ausgeblendet. Sie sind jedoch die Grundlagen, um zu einer realistischen Einschätzung und Bewertung der kurdischen Bewegung und der in ihr organisierten Aktivistinnen und Aktivisten zu gelangen. Das Gericht wird nicht umhin können, sich mit zentralen Fragen des (Kriegs)Völkerrechts und dem Recht auf Sezession im Sinne einer neueren völkerrechtlichen Entwicklung auseinanderzusetzen. Hierbei muss die über Jahrzehnte durch massive Repression geprägte Menschenrechtslage der kurdischen Bevölkerung innerhalb und außerhalb der türkischen Institutionen aufgeklärt und beurteilt werden.

(Azadî-PM zum Prozessauftakt)

Verteidigung beantragt Aussetzung des Verfahrens und Klärung Bundesverfassungsgericht

Rechtsanwalt C.W. Heydenreich, Verteidiger von Ridvan Ö., beantragte am zweiten Verhandlungstag zum einen die Aussetzung des Verfahrens bezüglich des Tatvorwurfs des § 129b StGB und forderte zum zweiten, die Akten dem Bundesverfassungsgericht zur grundsätzlichen Entscheidung darüber vorzulegen, dass die Norm dieses Paragraphen nach Artikel 100 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz (GG) verfassungswidrig ist.

(Art. 100 Abs. 1 Satz 1 GG: „Hält ein Gericht ein Gesetz, auf dessen Gültigkeit es bei der Entscheidung ankommt, für verfassungswidrig, so ist das Verfahren auszusetzen und, wenn es sich um die Verletzung der Verfassung eines Landes handelt, die Entscheidung des für Verfassungsstreitigkeiten zuständigen Gerichtes des Landes, wenn es sich um die Verletzung dieses Grundgesetzes handelt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einzuholen.“)

Kritik an Entscheidungshoheit der Exekutive

Insbesondere kritisieren sie in ihrer Begründung, dass bei der Strafnorm des § 129b nicht auf einer Tatbestands- oder Rechtswidrigkeitsebene entschieden werde, sondern „mittels eines allein der Exekutive an die Hand gegebenen, nicht justiziablen und politischen Erwägungen anheim gestellten Ermächtigungserfordernisses“. Dies verstoße sowohl gegen das Bestimmtheits- als auch das Willkürverbot (Artikel 3 Abs. 1 i.V.m. Artikel 1 Abs. 3 Grundgesetz).

(Artikel 3 Abs. 1 GG:

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

Artikel 1 Abs. 3 GG:

Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.)

Neben der ausführlich juristischen Darlegung, spielen in dem 18-seitigen Antrag auch politische Aspekte eine erhebliche Rolle, die die höchst umstrittene Vorgehensweise des BMJ bei der Strafverfolgungsermächtigung nach § 129b verdeutlichen sollen.

Pauschalübertragung des § 129a auf § 129b geht gar nicht

So sei es unzulässig und „unerträglich“, die Voraussetzungen der §§ 129 und 129a, die sich auf inländische Vereinigungen beziehen, auf „Vereinigungen irgendwo und überall im außereuropäischen Ausland“ pauschal und unverändert zu übertragen. Alle in § 129a aufgeführten Tathandlungen beschrieben ein strafbares Verhalten auf diesen Staat und seine Rechtsordnung. In § 129b hingegen fehle ein vergleichbares Äquivalent völlig. Und weil eine bestimmte staatliche oder Rechtsordnung völlig fehle, sei die Vorschrift „uferlos weit“, unbestimmt und unbestimmbar.

Kurz: Es gehe einfach nicht, § 129b und § 129a StGB eins zu eins auf außereuropäische Vereinigungen zu übertragen.

Beispiel ANC und Nelson Mandela

Als Beispiel führt die Verteidigung den südafrikanischen African National Congress (ANC) an, „der sich dem dortigen völkerrechtswidrigen Apartheidsregime und dessen Übergriffen auch gewaltsam widersetzte“. In seiner Phase des militärischen Widerstands hätte er als terroristische Vereinigung im Sinne des § 129b StGB eingestuft werden müssen. Ein in Deutschland erfolgtes Sammeln von Spenden wäre danach eine strafbare Handlung nach § 129b gewesen. Dies widerspräche „dem Recht eines Volkes oder einer Bevölkerungsgruppe, sich gegen Übergriffe, militärische und gewaltsame staatliche Unterdrückung zur Wehr zu setzen“.

Es wird daran erinnert, dass das „Wirken von Nelson Mandela als dem Gründer und Anführer des Umkhonto we Sizwe, des militärischen Flügels des ANC, international durch die Verleihung des Friedensnobelpreises anerkannt worden“ sei.

Auch seien als Beispiele militärischen Widerstands gegen staatliche Unterdrückung die Länder Nicaragua und El Salvador zu nennen, deren ehemalige Befreiungsbewegungen inzwischen „Träger staatlicher Gewalt“ seien.

Beispiele Syrien und Libyen

Anschauliche Beispiele seien hinsichtlich der „tatbestandlichen Differenzierungskriterien“ in § 129b gegenwärtig die Beispiele Syrien und Libyen. So kämpften in Syrien „mit indirekter Unterstützung westlicher Staaten unter Einschluss der Bundesregierung“ mehrheitlich „islamistisch geprägte und in einer so genannten Befreiungsarmee mehr oder weniger zusammengefasste Vereinigungen mit militärischen Mitteln und unter Begehung vielfältiger Begehung von Menschenrechtsverbrechen“ gegen ein Regime, das seinerseits wiederum gegen weite Bevölkerungsteile militärisch vorgehe.

In Libyen, „ebenfalls mit massiver Unterstützung westlicher Staaten“, sei ein diktatorisches Regime durch

mehrheitlich islamistisch geprägte und in einer sog. Befreiungsarmee zusammengefasste Verbände militärisch bekämpft und gestürzt worden“ – ohne dass dies etwa zu einem „freiheitlich oder demokratisch verfasst zu nennenden Staat geführt“ habe.

In beiden Fällen sei, bezogen auf derartige Vereinigungen, der Anwendungsbereich des § 129b „nicht bestimmbar“.

Beispiel Tibeter

Deshalb würden diese Beispiele die weitere Frage auf, wie es sich mit Vereinigungen verhalte, „die sich als Repräsentanten einer eigenen Volksgruppe oder Ethnie verstehen und in einem übergeordneten Gesamtstaat gewaltsam für die Anerkennung ihrer Rechte kämpfen“. Hier seien etwa die Tibeter oder andere Minderheiten Chinas genannt, soweit sie sich entschließen, gewaltsam gegen den chinesischen Zentralstaat vorzugehen. „Exiltibeter, die dies in Deutschland unterstützten, könnten dem § 129 b nichts über die Strafbarkeit oder fehlende Strafbarkeit ihres Tuns entnehmen.“

Genehme oder den Eigeninteressen widersprechende Vereinigungen

Besondere Brisanz entstehe dadurch, „dass die Bundesrepublik Deutschland selbst durch die Politik der Bundesregierung in jüngster Zeit direkt oder indirekt unter Einschluss von Menschenrechtsverbrechen militärisch agierende Aufstandsbewegungen im arabischen Raum“ unterstütze“, von denen nicht unbedingt erkennbar sei, „dass sie Gewähr für das Ziel der Errichtung einer freiheitlichen und die Menschenwürde achtenden staatlichen Ordnung“ böten.

Vielmehr liege die alleinige politische Unterscheidung darin, ob den politisch Verantwortlichen hier die jeweiligen politischen Ziele der Vereinigungen genehm“ seien und den eigenen Interessen entsprächen oder nicht. Wie die Beispiele schon zeigten, könne ausgehend vom Wortlaut des § 129b und dessen unbegrenzten und unbestimmten Tatbestands die deutsche Strafverfolgung auch in „Bandenkriege und kriegsähnliche Auseinandersetzungen sog. Warlords weitab in Afrika oder Asien“ eingreifen.

2001: Warnungen des grünen Volker Beck vor Neuregelung

In einer Bundestagsdebatte vom 11. Oktober 2001 hatte der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck zur geplanten Einführung des § 129b StGB u.a. ausgeführt:

„Die Neuregelung darf in ihrer endgültigen Fassung im Ergebnis nicht so ausgelegt werden können, dass andere Widerstandsbewegungen in der Welt, die diktatorische oder verbrecherische Regime bekämpfen, ihrerseits zu kriminellen oder terroristischen Vereinigungen im Sinne des Gesetzes werden. Denn jede Unterstützung einer derartigen Widerstandsbewegung auf deutschem Boden würde nach dem Kontext der Bestimmungen ebenfalls strafbar werden.“

Wie bekannt, haben sich dann der frühere Grüne und spätere SPD-Bundesinnenminister Otto Schily samt der rotgrünen Mehrheit im Bundestag durchgesetzt.

Differenzierung von Staatsterrorismus und als terroristisch erachtete Handlungen von Vereinigungen ungerechtfertigt

Die Verteidigung kommt in ihrem Antrag zu dem Ergebnis, dass der § 129b Abs. 1 gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße und § 129b eine „sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung terroristischer Vereinigungen und von sich gleicher Mittel bedienender Staaten oder staatliche Organisationen“ enthalte. Eine allgemein akzeptierte Definition des Terrorismus gebe es zwar nicht, doch Staaten oder staatliche Organisationen fielen nicht unter die Kategorie des 129b.

Auch seien von dem Rahmenbeschluss des Rates zur Terrorismusbekämpfung die Aktivitäten von Streitkräften eines Staates in bewaffneten Konflikten oder bei der Wahrnehmung ihres offiziellen Auftrags nicht erfasst. Jedoch seien nach Auffassung der Verteidigung „Gewalttaten, die durch einen souveränen Staat verübt wer-

den (sog. Staatsterrorismus), der Ausübung von Gewalt durch eine nichtstaatliche Vereinigung vergleichbar. Auch Staaten könnten Taten im Sinne des § 129a Abs. 2 begehen und gegen die „Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sein“ und als „verwerflich“ eingestuft werden. Es bestehe die „grundsätzliche Notwendigkeit einer Gleichbehandlung von Staatsterrorismus einerseits und von einzelnen Vereinigungen als terroristisch erachteten Handlungen andererseits“. Dies lasse sich an den Beispielen Syrien und Libyen belegen.

Gleichbehandlung terroristischer Vereinigungen mit Befreiungsbewegungen falsch

§ 129b enthalte eine „sachlich nicht gerechtfertigte Gleichbehandlung terroristischer Vereinigungen mit sog. „Befreiungsbewegungen“. Es werde tatbestandlich nicht danach unterschieden, ob sich die Tätigkeit einer solchen Organisation als „eklatant gegen objektive Menschenrechtsstandards verstoßende Willkür“ darstelle oder ob ihre Handlungen der Verteidigung gegen ein repressives System diene und sie die Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse anstrebe. Befreiungsbewegungen würden gegen solche Staaten kämpfen, die die Grund- und Menschenrechte nicht achten. Mit dem bewaffneten Widerstand verfolgten sie Ziele, „die völker- und menschenrechtlich anerkannt“ seien. Es bestünden eben „gravierende Unterschiede“, denn schließlich seien etwa Verteidigungshandlungen gegen Willkür und Unterdrückung durch eine Befreiungsbewegung anders zu bewerten als „Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung durch militante Gruppierungen“.

§ 129b-Ermächtigungen des BMJ ausschließlich politisch motiviert - gravierende Folgen für Betroffene

Im Rahmen der Erteilung einer Verfolgungsermächtigung durch das Bundesjustizministerium habe dieses zu prüfen, „ob die Bestrebungen der fraglichen Vereinigung gegen die Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind“ und als „verwerflich“ erscheinen. Es handele sich um eine „ausschließlich politisch zu treffende Entscheidung“, die wesentlich von der „aktuellen politischen Ausrichtung des Bundesministeriums der Justiz und seiner Stellung zu der in Frage stehenden Vereinigung“ sei. Die Behörde könne „völlig frei“ entscheiden, ob sie eine Ermächtigung erteilt, zurücknimmt oder eine zuvor nicht erteilte Ermächtigung später erteilt, ohne all dies begründen zu müssen. Eine Entscheidung sei weder anfechtbar noch rechtlich bzw. richterlich überprüfbar. Dadurch entstehe eine „Politisierung der Justiz“. Innen- oder außenpolitische Erwägungen und Interessen, Regierungswechsel oder andere Entwicklungen seien Gründe, „die mit den von Gesetzes wegen inkriminierten Handlungen nichts, aber auch rein gar nichts zu tun“ hätten. Wegen der rechtlichen Nichtüberprüfbarkeit trügen derlei Entscheidungen das „Merkmal der Willkürlichkeit“ (ähnlich der Indizierung von Personen und „terroristischen“ Organisationen auf den UN- und EU-Terrorlisten, Azadî).

Dies sei „umso gravierender“, als die den Entscheidungen zugrunde liegenden politischen Motivationen „massive Grundrechtseingriffe und Freiheitseinschränkungen“ von Betroffenen zur Folge haben, „bis hin zu einer Freiheitsentziehung von zehn Jahren“.

Abgelehnt und zurückgestellt

Der 6. Strafsenat des OLG lehnte den ersten Antragspunkt (Aussetzung des Verfahrens) ab und stellte zum zweiten Punkt (Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Norm des § 129b StGB) eine Entscheidung zurück. (aus dem Antrag von Rechtsanwalt C.W. Heydenreich vom 22.9.2012)

**Verhandelt wird jeweils donnerstags und freitags, 9.15 Uhr im Mehrzweckgebäude,
Asperger Str. 49 in Stuttgart-Stammheim. Verhandlungen sind vorerst bis 21. Dezember terminiert.**

Ahnungsloser BKA-Mann im Prozess gegen Ali Ihsan Kitay

Im Prozess gegen den kurdischen Politiker und Aktivist Ali Ihsan Kitay, der wegen mutmaßlicher Unterstützung der ausländischen „terroristischen“ Organisation PKK (§ 129b StGB) vor dem OLG Hamburg angeklagt ist, trat am 19. September der leitende Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) als Zeuge auf. Kitays Verteidigung kritisierte die völlige Unwissenheit des „Experten“ für die Struktur der PKK über die Situation in der Türkei, in den kurdischen Gebieten, im Mittleren Osten als auch über die politische Entwicklung der PKK. Dies sei umso schwerwiegender, weil dessen Einschätzung zur PKK und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) wesentlicher Bestand der Anklage ist. Vor diesem Hintergrund erscheine auch die Ermächtigung des Bundesjustizministeriums zur Strafverfolgung nach § 129b dubios, da diese offenbar auf der Einschätzung des BKA-Beamten beruhe. Der Zeuge hatte auf Nachfragen eingeräumt, dass er bei seiner Beurteilung der PKK-Struktur auf Informationen weiterer BKA-Kollegen aus dem Zeitraum vor 2006 zurückgegriffen habe. Ihm sei die Situation in der Türkei und die Umsetzung von politischen Konzepten der PKK bzw. der KCK als nicht wichtig erschienen. Sein Schwerpunkt sei das Ermitteln von Straftaten gewesen, außerdem habe er ideologische Beschlusstexte „nicht verstanden“. Ferner wolle die PKK eine eigene autonome Verwaltung und eine eigene Fahne, die kein Staat dulden würde. [Vielleicht sollte der Zeuge an die Beispiele des Nordirak, des Baskenlandes, Schottland oder Kataloniens erinnert werden. Azadî] Des Weiteren hat der BKAler erklärt, dass für seine Ermittlungen völkerrechtliche Aspekte und politische Hintergründe keine Rolle gespielt hätten. Was z.B. in Syrien geschehe, habe er „hauptsächlich aus dem Fernsehen“. Dennoch hat das den Beamten nicht daran gehindert, in Aktennotizen zu vermerken, dass die PKK eine terroristische Organisation sei, die in allen Teilen Kurdistans einen Alleinvertretungsanspruch vertrete und mit der KCK gleichzusetzen sei.

Nach Auffassung der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Heidrun Dittrich, sollte das Verfahren gegen Ali Ihsan Kitay sowie alle weiteren 129b-Verfahren vor diesem Hintergrund sofort ausgesetzt werden.

(jw v. 21.9.2012)

§ 129 b Abs. 1 Strafgesetzbuch:

Die §§ 129 und 129a gelten auch für Vereinigungen im Ausland. Bezieht sich die Tat auf eine Vereinigung außerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, so gilt dies nur, wenn sie durch eine im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgeübte Tätigkeit begangen wird oder wenn der Täter oder das Opfer Deutscher ist oder sich im Inland befindet. In den Fällen des Satzes 2 wird die Tat nur mit Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz verfolgt. Die Ermächtigung kann für den Einzelfall oder allgemein auch für die Verfolgung künftiger Taten erteilt werden, die sich auf eine bestimmte Vereinigung beziehen. Bei der Entscheidung über die Ermächtigung zieht das Ministerium in Betracht, ob die Bestrebungen der Vereinigung gegen die Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind und bei Abwägung aller Umstände als verwerflich erscheinen.

§ 129 a Abs. 1 Strafgesetzbuch:

Wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Mord (§ 211) oder Totschlag (§ 212) oder Völkermord (§ 6 des Völkerstrafgesetzbuches) oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 des Völkerstrafgesetzbuches) oder Kriegsverbrechen (§§ 9, 10, 11 oder § 12 des Völkerstrafgesetzbuches) zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

“Betrachtungen und Gedanken zum 20. Internationales Kurdisches Kulturfestival in Mannheim“: Politische Entscheidungen verantwortlich für Kriminalisierung – Gefordert werden Demokratie, Dialog und Toleranz für politische Vielfalt

Zehntausende Kurdischen und Kurden und solidarische Menschen aus dem In- und Ausland nahmen am 20. Internationalen Kurdischen Kulturfestival bei großer Hitze – später im wahrsten Sinne des Wortes- am 8. September in Mannheim teil. Die Forderungen nach Freiheit für den seit 13 Jahren auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und einen völkerrechtlichen Status für das kurdische Volk war dem zentralen Transparent auf der Bühne zu entnehmen. Der Vorsitzende der BDP, Selahattin Demirtas sowie der per Videoübertragung aus den Kandil-Bergen Nordiraks/Südkurdistan live zugeschaltete Vorsitzende des KCK-Exekutivkomitees, Murat Karayilan, berichteten vom Kampf der kurdischen Bevölkerung für „demokratische Autonomie“.

Neben weiteren politischen Redebeiträgen und kulturellen Darbietungen, versorgten zahlreiche Stände verschiedener kurdischer und solidarischer Gruppen die Menschen mit politischen Informationen, Essen und Trinken.

Auseinandersetzungen

Am Nachmittag kam es im Eingangsbereich zum Festivalgelände zu schweren Auseinandersetzungen zwischen hunderten Jugendlichen und der Polizei, deren Ausgangspunkt eine verbotene Fahne war, die ein 12-Jähriger mit sich trug und die die Polizei beschlagnahmen wollte. In einer ersten Erklärung der veranstaltenden Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM, machte diese insbesondere die Polizei und das PKK-Betätigungsverbot für die Eskalation verantwortlich. Sie warf der Polizei vor, in den Tagen zuvor schon den 7-tägigen Friedensmarsch von über 100 kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim massiv provoziert und drangsaliert zu haben, was darin gipfelte, dass sie ihnen wenige Kilometer vor der Stadt den Einzug untersagt hat.

Beschimpfungen

In weiteren „Betrachtungen und Gedanken“ vom 15. September wirft YEK-KOM den Medien eine „einseitige, verzerrte und aufhetzende Berichterstattung über die Ereignisse“ in Mannheim vor und bezeichnet sie als „verantwortungslos“, weil ausschließlich auf Aussagen der Polizei und des baden-württembergischen Innenministers zurückgegriffen worden sei. Es sei nicht leicht, „den infamen Behauptungen der Polizei journalistische, der Realität entsprechende Fakten entgegenzustellen“, weil diese „nicht gehört werden wollen“. Nichts habe man in den Medien lesen können über einen polizeilichen Einsatzleiter, der Jugendliche und BesucherInnen des Festivals sowie die Veranstalter als „Banden“, „Hunde“, „Mob“, „Dreck“ und „Verbrecher“ bezeichnet hatte, nichts über Kurden, die durch den Einsatz von Hunden zum Teil schwere Verletzungen davongetragen haben. Nichts davon, dass zwei Jugendliche im Vorfeld der Veranstaltung auf dem Mannheimer Polizeipräsidium „misshandelt wurden und im Krankenhaus behandelt werden mussten“. Sie haben inzwischen Anzeige erstattet. „Wie viel Gewalt, Schläge und Misshandlungen, die uns an die Folter der türkischen Polizei erinnern, sind in Deutschland erlaubt?“ fragt YEK-KOM.

Ausgegrenzt

Es seien politische Entscheidungen, „die für die zunehmende systematische Kriminalisierung und Ausgrenzung der Kurden und Kurdischen von der Teilhabe an Rechten in Deutschland verantwortlich“ zu machen seien. Durch das fast 20 Jahre währende PKK-Verbot würde den Kurden „auf vielfältige Weise soziale und politische Rechte vorenthalten“ und ihnen direkt oder indirekt der „Zugang zu Bildung, Wohnraum und Arbeitsplätzen in öffentlichen Institutionen und Behörden ebenso wie in Vereinen und Sport systematisch erschwert“. Deshalb fordert die Föderation statt einer „systematischen Kriminalisierung und Ausgrenzung der Kurdischen und Kurden in Deutschland“ mehr „Dialog, Demokratie, Toleranz für eine Vielfalt der politischen Interessen“.

Sie appelliert an die Medien, „über Hintergründe der kurdischen Frage und die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“, über die „positiven politischen Entwicklungen in den kurdischen Provinzen der Türkei“ sowie über die „Anliegen der Kurdischen und Kurden in Europa“ zu berichten.

InnenAußenpolitik

Thomas Trüper, Stadtrat der LINKEN in Mannheim, sah in einer Erklärung den „Erfolg des Festivals erheblich beschädigt“ und insbesondere „die veröffentlichte Meinung in der Region gegen „die

Kurden“ abermals sehr negativ beeinflusst“. Er sieht die Bundesrepublik „längst als Partei“ in dem Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung. „Sie hat die Konfliktpartei PKK als terroristisch eingestuft, auf deutschem Boden verboten und verfolgt sie seither strikt“. Kritik übte er auch an den deutschen Waffenlieferungen in die Krisenregion. Die Verbindung außenpolitischer Interessen und innenpolitischer Umsetzung führe die „ansonsten eher besonnene Polizeiführung in Mannheim in Abstimmung mit dem Stuttgarter Innenministerium regelmäßig zu gewaltigen Polizeieinsatzplanungen, wann immer die Kurden eine politische Kundgebung planen“.

Verbotsszenerie

Das einzige „Risiko“, das bestanden habe, sei die Nichterfüllung der Auflage gewesen, dass „die 40 000 Besucher keine im Gefolge des PKK-Verbots verbotenen Symbole mitführen und zeigen dürfen“. Eine solche Auflage sei „unter rechtsstaatlichen Bedingungen praktisch nicht durchsetzbar“ gewesen. Das wäre nur mit einem Verbot der gesamten Veranstaltung möglich gewesen. Doch hätte das dem „Grundrecht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit“ entgegengestanden. Für die meisten BesucherInnen aus dem Ausland sei die Szenerie mit dem Großaufgebot der Polizei unverständlich gewesen, „weil in ihren Herkunftsländern das Symbole-Verbot nicht existiert“.

Oberbürgermeisterlob

Zur mentalen Abrüstung sei nach Auffassung von Thomas Trüper die Aufhebung des PKK-Verbots in der BRD eine „wichtige Voraussetzung“. Sie dürfe sich nicht zur „Erfüllungsgehilfin der türkischen Regierung“ machen. Ethnische Konflikte könnten „niemals militärisch“ gelöst werden. Er kritisierte auch die deutsche Seite in Mannheim, wo man im Dialog mit Migranten gerne „einen Bogen um die Kurden“ mache, hingegen das „gehörige Gewaltpotenzial vieler türkischer Nationalisten“ übersehe. Er begrüße aber die Erklärung von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, der „auch in kritischen Tagen“ am friedlichen Dialog festhalte.

Verbotsverschärfung

Dem baden-württembergischen Innenminister Gall wirft er vor, dass er den Einsatz der Polizei gelobt und gleichzeitig über die Presse ein „Verbot von Organisationen und Unternehmen“, die der PKK nahe stünden, gefordert habe. Dies ziele Trüper zufolge auf eine Verschärfung der Verbotssituation ab.

Der Meldung eines Sprechers der Polizei zufolge hat die Mannheimer Polizei eine Ermittlungsgruppe eingesetzt, die das umfangreiche Videomaterial sichten und versuchen wolle, Gewalttäter zu identifizieren (junge welt v. 11.9.2012)

Der nächste Schlapput bitte !

Nun gab auch Volker Limburg seinen Posten als Präsident des Verfassungsschutzes von Sachsen-Anhalt auf, der laut Landesinnenminister Holger Stahlknecht (CDU) auf eigene Bitte hin in den Ruhestand hätte versetzt werden wollen. Damit folgte Limburg seinen Amtskollegen aus Thüringen und Sachsen sowie Heinz Fromm vom VS-Bundesamt, alle zurückgetreten als Folge des Skandals um die durch Mitglieder des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) verübten zehn Morde an Migranten und einer Polizistin. Im Zuge von Aktenschreddern und dem Verheimlichen von brisanten Unterlagen wie denen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), sind die Sicherheitsbehörden von Sachsen-Anhalt in ihren Archiven nun doch fündig geworden. Danach soll der MAD 1995 versucht haben, den späteren NSU-Täter Uwe Mundlos während seiner Wehrdienstzeit als Informanten zu werben, was dieser aber abgelehnt habe. Protokolle der Befragung waren an die VS-Ämter in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt verschickt worden; der MAD jedoch löschte die Akten. Im August 2011 hatte der Militäargeheimdienst bei den VS-Behörden nachgefragt, ob Kopien des Vernehmungsprotokolls vorhanden seien, was von Sachsen-Anhalt verneint worden ist.

RZ-Prozess gegen Sonja Suder und Christian Gauer vor dem Landgericht Frankfurt/M. eröffnet

Am 21. September begann vor dem Landgericht in Frankfurt/M. der Prozess gegen Sonja Suder und Christian Gauer, denen die Anklage drei Anschläge der Revolutionären Zellen (RZ) in den 1970er Jahren vorwirft. Sonja Suder wird ferner beschuldigt, Waffen für den Angriff auf die Konferenz

erdöllexportierender Staaten (OPEC) 1975 in Wien beschafft zu haben.

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe erklärte hierzu u.a.: „Auch mehr als 30 Jahre nach den Aktionen der Stadtguerilla scheuen die Repressionsbehörden weder Kosten noch Mühen, linke Politik zu kriminalisieren. Nachdem die jahrelangen Versuche scheiterten, die Beiden im französischen Exil Lebenden nach Deutschland zu holen, erließ die deutsche Staatsanwaltschaft 2011 einen Europäischen Haftbefehl, der eine Auslieferung innerhalb Europas möglich machte.

Abgesehen vom hohen Alter der Beiden, vom gesundheitlich schlechten Zustand Christians und vom Jahrzehnte andauernden Verfolgungswillen des deutschen Staates erreicht der Prozess in der Beweisführung gegen die Angeklagten den Höhepunkt der Absurdität. Die Anklage stützt sich einzig auf zwei Zeugenaussagen, die mehr als fragwürdig sind. [...] Sonja und Christian verweigern seit Jahren jede Zusammenarbeit mit den Strafbehörden. Die Rote Hilfe solidarisiert sich mit ihnen.“

Ab 8.00 Uhr fand vor dem Landgericht eine Kundgebung statt.

(PM Rote Hilfe v. 17.9.2012/Azadi)

LINKE Bundestagsabgeordnete sollen weiter observiert werden

MdB Jan Korte will über die Abschaffung des undemokratischen Geheimdienstes diskutieren

„Es ist völlig klar, die LINKE bleibt unter Beobachtung des Verfassungsschutzes“, erklärte am 20. September ein Sprecher des Bundesinnenministeriums, und weiter: „Da wo Länder nicht beobachten, muss das Bundesamt für Verfassungsschutz dies übernehmen.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Wiefelspütz kritisierte die Beobachtung der Linken und hält es für „unverantwortlich, dass ein Drittel der Fraktion im Visier des Verfassungsschutzes steht“, und das „ohne Genehmigung des Parlaments“. Claudia Roth von den Grünen meinte: „Statt tatsächlich gegen die rechtsextreme Szene vorzugehen und Hinweise auf rechte Mordtaten und rechtsextremen Terror richtig zu deuten, verschwendet der Verfassungsschutz seine Energie für die Beobachtung von friedlichen und demokratischen Abgeordneten der Linkspartei.“ Jan Korte, Linken-MdB, erklärte, dass nicht die Bespitzelung der Linken auf der Tagesordnung stehen sollte, sondern die „Abschaffung des unkontrollierbaren und undemokratischen Geheimdienstes.“ In den Bundesländern gibt es offenbar Widerstand gegen die Absicht von Bundesinnenminister Friedrich, die Überwachung auf die Länderebene zu delegieren.

(ND v. 21.9.2012/Azadi)

Zehn rechtsmotivierte Angriffe in zwei Wochen auf Büro der LINKEN-MdB Caren Lay

Das Büro der LINKEN-Bundestagsabgeordneten Caren Lay in Hoyerswerda ist in den vergangenen zwei Wochen zehnmal angegriffen worden. Diese Angriffe „reichen vom Anbringen von Aufklebern von >Autonome Nationalisten Hoyerswerda< und >Freies Netz< über das Besprühen des Briefkastens bis hin zu Hakenkreuzschmierereien“. Für sie ist „unbegreiflich, dass der Überfall vom 2. Mai auf mein Büro verharmlost wird“. Am helllichten Tag sei das Büro damals während einer Beratung von Jugendlichen angegriffen und der Hitlergruß gezeigt worden. Doch wurde dieser Vorfall von der Polizei „nicht als rechtsmotiviert eingestuft“, so Lay. Sie fordert ein Umdenken der Behörden; einschüchtern lasse man sich in der „politischen Arbeit vor Ort nicht“.

(ND v. 21.9.2012/Azadi)

„Extremismusklausel“ soll geändert werden

Gruppen sehen das als Erfolg zivilgesellschaftlichen Protestes

„Mit großer Genugtuung stellen wir fest, dass der von der Zivilgesellschaft beschrittene Weg erfolgreich war“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Bundesarbeitsgemeinschaft Demokrati-
eentwicklung (BAGD) und Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) zu der Änderung der „Extremismusklausel“ des Bundesfamilienministeriums. Aufgrund des politischen Drucks zahlreicher Initiativen sei der „Bespitzelungsparagraph“ gestrichen worden. Allerdings sehen beide Gruppe darin auch die Gefahr, dass damit quasi eine „gefährliche Hintertür“ geöffnet werde, Kompetenzen an die Geheimdienste zurückzugeben.

Allerdings plant die Regierungskoalition, dass Vereine, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werden, ihre Steuervorteile verlieren sollen.

(jw v. 21.9.2012/Azadi)

Landgericht Berlin: Zitieren von Parolen der kurdischen Bevölkerung ist strafbar Aktivist wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu Geldstrafe verurteilt

Michael K., der auf einer Newroz-Demonstration in Berlin im vergangenen Jahr in einer Rede die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei angeprangert und hierbei auch Parolen der kurdischen Bevölkerung wiedergegeben hatte, wurde deswegen von der Staatsanwaltschaft angeklagt. Das Landgericht Berlin verurteilte Michael K. nun am 28. August wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz zu einer Geldstrafe von 45 Tagessätzen à 15 Euro, weil er die Parole „Die PKK ist das Volk – und das Volk ist hier“ zitiert hatte, die eine Million Menschen in Amed (türk.: Diyarbakir) auf dem Festplatz gerufen hatten. Zwar dürfe die Situation in der Türkei geschildert, nicht jedoch die Parole wiedergegeben werden. Der Staatsanwalt unterstellte dem Aktivist, Sympathien für eine terroristische Organisation zu hegen und die Richterin meinte, dass ihr das PKK-Verbot „in Fleisch und Blut übergegangen“ sei. Der von der Staatsanwaltschaft als Zeuge geladene Leiter der Berliner Versammlungsbehörde konnte zur Sache zwar wenig beitragen, doch erklärte der Beamte des Landeskriminalamtes sinngemäß, dass für ihn jede kurdische Demonstration vom Hermannplatz in Berlin zum Kottbusser Tor eine einzige Straftat sei und die Reden ihm nur Kopfschmerzen bereiten.

Im Schlusswort hatte Michael K. u.a. ausgeführt: „In meiner (Prozess-)Erklärung an Stelle der Einlassung bin ich auf den Zensurcharakter dieses Verfahrens eingegangen – das Darstellen der Haltung großer Teile der kurdischen Bevölkerung soll hier kriminalisiert werden. Eine zentrale Ursache dieses Verfahrens ist jedoch das dieser Politik zugrunde liegende PKK-Verbot, welches 1993 vom damaligen Innenminister Kanther verfügt worden war. Diese Verfolgungspolitik gegenüber einer Bewegung, die auch nach Umfragen Millionen von Kurdinnen und Kurden repräsentiert, stellt eine Fortsetzung der türkischen Verfolgungspolitik und einen deutlichen Schritt gegen eine politische Lösung der kurdischen Frage dar.“ [...] Mit dieser Politik sollen Tatsachen geschaffen werden. Die PKK soll als isolierte Terrorgruppe dargestellt werden. In diesem Verfahren ist nun Thema gewesen, dass in Amed Millionen Menschen ihre Verbundenheit mit der PKK bekunden. Wie wir im Video gesehen haben, ist das eine Realität. Wenn das Darstellen der Realität im Gerichtssaal endet, dann wirft das gewisse Fragen auf.“

Gegen das Urteil hat die Verteidigerin von Michael K., Antonia von der Behrens, Rechtsmittel eingelegt.

(jw/ND v. 29.8., 3.9.2012/Azadi)

Fortschrittliche Entscheidung des EuGH: Religiöse Verfolgung muss künftig in allen EU-Staaten anerkannt werden

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat am 5. September entschieden, dass Menschen ihre Religion frei leben können. Sanktionen gegen ein öffentliches Bekenntnis gelten künftig als politische Verfolgung. EU-Staaten müssen dem Urteil zufolge all jene als Flüchtlinge anerkennen, die ihr Land aufgrund schwerwiegender religiöser Verfolgung verlassen haben. Damit antwortete der Gerichtshof auf eine entsprechende Anfrage des deutschen Bundesverwaltungsgerichts. Der Entscheidung zugrunde lagen die Anträge zweier Asylbewerber aus Pakistan, deren Gesuche auf eine Flüchtlingsanerkennung vor dem zuständigen Bundesamt gescheitert waren.

Die Entscheidung des EuGH ist für alle Mitgliedstaaten der EU verbindlich und somit als Grundsatzurteil zu klassifizieren, was ein erheblicher Fortschritt im europäischen Asylsystem bedeutet.

(ND v. 6.9.2012/Azadi)

GERICHTSURTEIL

8. September bis 24. November:

Bustour „Freiheit von Abdullah Öcalan“ durch 60 europäische Städte



“[...] Die kurdische Frage betrifft Syrien, den Irak, Iran und besonders die Türkei und stellt eines der großen bis heute ungelösten Probleme des Mittleren Ostens dar. Ein Friedensprozess braucht bekanntlich starke Persönlichkeiten, die in der Lage sind, ihre Gesellschaften von einer friedlichen Konfliktlösung zu überzeugen. Einige Beispiele für solche Persönlichkeiten sind Nelson Mandela, Gerry Adams, José Ramos Horta und Aung Suu Kyi. Abdullah Öcalan gehört zweifellos in diese

Reihe. Dass sich der Fokus der kurdischen Freiheitsbewegung in den letzten Jahren von militärischen zu politischen Lösungen verschoben hat, ist Öcalans Verdienst. [...] Die gegenwärtige Regierung Erdogan führte zweieinhalb Jahre lang Verhandlungen mit Öcalan, brach sie aber im Juli 2011 ab. Dabei waren bereits Protokolle erstellt worden, die unter anderem einen Stufenplan für vertrauensbildende Maßnahmen vorsahen – bis hin zu einer Waffenruhe unter internationaler Aufsicht. [...] Um auf diese Situation aufmerksam zu machen und die zuständigen internationalen Institutionen wie die UNO und den Europarat (speziell das europäische Anti-Folter-Komitee) zum Handeln zu bewegen, marschierten Kurdinnen und Kurden Anfang dieses Jahres 15 Tage lang bei eiskaltem Wetter von Genf nach Straßburg. Nachdem diese Aktion das Schweigen der Institutionen nicht durchbrechen konnte, wurde in Straßburg ein 52 Tage andauernder, ununterbrochener Hungerstreik durchgeführt. Eine ständige Mahnwache vor dem Europarat in Straßburg fordert seit Juni die Freilassung von Abdullah Öcalan. Die zahlreichen Aktionen werden bis zum Erreichen dieses Zieles fortgesetzt. Denn für Kurdinnen und Kurden ist dessen Freiheit eine zwingende Bedingung für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage. [...]

Ein Bus mit der Forderung „Freedom for Öcalan“ ist seit dem 8. September 2012 auf Aktionstour. Bis zum 24. November wird diese Bustour in 60 europäischen Städten Halt machen, auf zentralen Plätzen mit einem kulturellen Programm und Informationsständen die Forderung in der Öffentlichkeit verbreiten sowie Unterschriften für eine internationale Kampagne gesammelt.“ Diese Textauszüge entstammen dem Aufruf der Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan“. Weitere Informationen: <http://www.freeocalan.org/>

Der Fahrplan des Busses (hier nur die Städte, die in Deutschland angefahren werden):

2. 10. Saarbrücken	7. 11. Aachen u. Düren
3. 10. Mannheim	8. 11. Kassel
4. 10. Darmstadt	9. 11. Salzgitter
5. 10. Nürnberg	10.11. Celle u, Hannover
6. 10. Frankfurt/M.	11.11. Bielefeld
7. 10. Stuttgart	12.11. Münster u. Osnabrück
9. 10. Pforzheim u. Heilbronn	13.11. Dortmund
11.10. Freiburg	14.11. Bochum
12.10. Ulm	15.11. Essen
13.10. München	16.11. Duisburg
	17.11. Düsseldorf
	18.11. Hagen
	20.11. Wuppertal
	23.11. Bonn

24.11. 2012 Düsseldorf : Abschluss der Bustour mit einer Großkundgebung

AKTION

Neuer Vorsitzende des Fördervereins PRO ASYL gewählt

Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden des Fördervereins PRO ASYL, Jürgen Miksch, ist seit dem 8. September 2012 Andreas Lipsch, Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau. Lipsch kündigte an, die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers fortführen zu wollen. „Existenziell wichtig“ sei die finanzielle Unabhängigkeit von PRO ASYL, „um wirkungsvoll für die Rechte von Flüchtlingen eintreten zu können.“ (Pro Asyl v. 8.9.2012/Azadi)

10. September: Prozesseröffnung gegen 44 kurdische und türkische MedienmitarbeiterInnen

Am 10. September hat vor einem Istanbuler Gericht der Prozess gegen 44 Mitarbeiter_innen kurdischer und linker türkischer Medien begonnen. Ihnen wirft die Anklage Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ vor, wobei hier die der PKK nahestehende „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK) gemeint ist. Den Angeklagten drohen Haftstrafen von bis zu 22 Jahren. Neben ND-Chefredakteur Jürgen Reents war auch Prof. Dr. Norman Paech mit einer Delegation zur Prozessbeobachtung nach Istanbul gereist. Nach Informationen der „Plattform für inhaftierte Journalisten“ befinden sich derzeit 97 Journalisten und Verleger in türkischen Gefängnissen; gegen rund 600 Medienschaffende sind Verfahren anhängig. Während nach kurdischen Angaben etwa 8000 Menschen inhaftiert sind, die der KCK-Mitgliedschaft beschuldigt werden, spricht die AKP-Regierung von rund 1000. In einem Gespräch mit der jungen welt, sagte Norman Paech, dass es bei den Angeklagten nicht um Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation gehe, sondern „um den normalen Job von Journalisten“, die „über alle möglichen Themen berichtet“ hätten: „Erdbeben, Strafprozesse, Demonstrationen usw.“ Einzelne abgehörte Telefonate, die die Betroffenen im Rahmen ihrer Recherchen hätten führen müssen, habe die Anklage geschlussfolgert, dass hierdurch die „Sicherheit der Türkei gefährdet“ worden sei. Es gebe „große Solidarität mit den Verhafteten“, jetzt komme es auf die „Reaktion des Auslandes“ an, „damit diesem unsäglichen Trend zur Delegitimierung von Grund- und Menschenrechten ein Ende gesetzt“ werde. Auf die Frage nach der Komplizenschaft der BRD mit der Türkei, meint Norman Paech, dass alle NATO-Staaten Komplizen seien: Die Türkei sei ja „einer der wichtigsten Bündnispartner, der Außenposten, der die NATO nach Südosten gegen Syrien, den Iran und den Irak und nach Nordosten gegen Kasachstan und Aserbaidschan“ absichere. (ND/jw v. 11., 12.9.2012/Azadi)

Im Presse-Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ hält die Türkei mit Platz 148 von 179 Ländern einen traurigen „Weltrekord“. Als „kriminell“ eingestuft werden z.B. Telefonate mit kurdischen Abgeordneten, Gespräche mit der kurdischen Gruppe der „Friedensmütter“, Treffen mit Informanten oder ein Interview mit Murat Karayilan, dem Vize-Chef der PKK. (Azadi)

AKP-Regierung untersagt Kaiserschnitt

Weil er glaubt, die Geburtenzahl in der Türkei erhöhen zu müssen, hat die AKP-Regierung von Ministerpräsident Tayyip Erdogan ein neues Gesetz erlassen, wonach es Frauen künftig untersagt wird, ein Kind durch einen geplanten Kaiserschnitt zur Welt zu bringen, wobei in Notsituationen ein Kaiserschnitt weiter möglich sein soll. Erdogan ist der Auffassung, dass eine Frau nach zwei derartigen Eingriffen kein weiteres Kind mehr bekommen könne, was seiner Vorstellung widerspreche, dass eine Familie mit drei bis fünf Kindern haben solle. Dass das Gesetz aber auch tödliche Folgen mit sich bringen kann, wird von der ultrakonservativen AKP ignoriert.

(Reportage von Raschel Blufarb in RTL-„Frauenzimmer“/MESOP)

Kurdischstämmiger Wirtschaftsminister sieht keine Probleme für Kurden in der Türkei PKK sei „Handlanger“ von „externen Kräften“

„Wir werden die Europäer weiterhin ärgern. Es gibt Menschen, die wollen die EU in einen Christen-Club verwandeln und die Türkei draußen halten. Das lassen wir uns nicht gefallen“, drohte der türkische Wirtschaftsminister Zafer Caglayan anlässlich eines Besuchs in Wien in einem Gespräch mit der österreichischen Presseagentur APA. Sein Land werde weiter auf dem Recht beharren, Mitglied der EU zu werden und denke nicht daran, „ihr Beitrittsgesuch zurückzuziehen“. Es werde der Tag kommen, an dem man die Türkei „anflehen“ werde, beizutreten. Österreich sei im Vorjahr mit 2,3 Milliarden Euro stärkster Auslandsinvestor gewesen und die Türkei bleibe als Handelspartner „attraktiv“, weil Investoren auch „keine Alternative zur Türkei“ haben würden.

Zu den wieder aufgeflammt Kämpfen zwischen Armee und kurdischen Rebellen meinte Caglayan, dass es sich hier um ein „Spiel von externen Kräften“ handle, „die sich Sorgen“ machten, „weil die Türkei so wächst und sich entwickelt“. Und die PKK sei „deren Handlanger“. Aber „keine Gruppe von Banditen“ sei „stärker als der türkische Staat“. Er selbst sei „kurdischer Herkunft“ und „der beste Beweis“ dafür, dass sein Land kurdische Bürger „nicht anders“ behandle. Anderenfalls hätte man verhindert, dass er Minister geworden sei. (diepresse.com/MESOP v.19.,20.9.2012/Azadî)

24. September: Prozesseröffnung in Amed gegen die Schriftstellerin Müge Tuzcuoglu Anklagebehörde kriminalisiert Menschenrechtsengagement

Am 24. September soll der Prozess gegen Müge Tuzcuoglu vor dem Sondergericht in Amed eröffnet werden. Im Rahmen der Ermittlungen gegen die „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK), wurde die Anthropologin und Schriftstellerin am Weltfrauentag, dem 8. März, in Amed verhaftet und zwei Tage später zusammen mit 12 weiteren Personen in Untersuchungshaft genommen. Hauptgrund für ihre Verhaftung soll gewesen sein, dass sie an der Politikakademie der „Friedens- und Demokratiepartei“ (BDP) über die Geschichte der Gesellschaften referiert habe. Mit der gleichen Beschuldigung waren bereits zuvor in Istanbul der Verleger und Menschenrechtler Ragıp Zarakoglu sowie die Rechtsprofessorin Büsra Ersanli konfrontiert.

Müge Tuzcuoglu wurde 1983 in Artvin geboren: „Wie alle jungen Leute, die in den 80er Jahren geboren wurden, trage ich die tiefen Spuren, die der Militärputsch vom 12. September 1980 in meiner Familie und meiner Heimat hinterlassen hat. Die zwei Phasen, die mich in meinem Leben beeinflusst haben, sind meine Arbeit als Journalistin bei Evrensel von 2002 bis 2007 und die Ermordung von Ugur Kaymaz [der 12-Jährige und sein Vater wurden am 21. November 2004 in Mardin von Polizeikräften erschossen]. Es reichte mir nicht mehr, nur eine Nachricht darüber zu verfassen. Das war der Grund, warum ich 2008 eine Busfahrkarte nach Diyarbakir kaufte.“ In dem Verein „Umschlungen“ kümmerte sie sich fortan um kurdische Kinder und veröffentlichte hierzu das Buch „Ich bin ein Stein“, das 2011 erschien und ein Jahr später bereits in zweiter Auflage erschien. Der Teil der Anklage, der sich mit ihrem Engagement bei dem Verein für die Mittellosen befasse, habe sie besonders verletzt, weil versucht werde, diese als illegal zu diffamieren. Vorgeworfen wird ihr vonseiten der Staatsanwaltschaft, dass sie aus Anlass des kurdischen Neujahrsfestes Newroz am 24. März ein Festzelt besucht habe, in dem über eine demokratische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts diskutiert werden sollte. Auch das sei illegal gewesen, weil die kurdische Nachrichtagentur ANF und ROJ TV hiervon berichtet hätte. Außerdem habe sie sich am 19. April an einer Kundgebung beteiligt, mit der gegen das Veto des Wahlrats gegen Kandidaten der BDP protestiert worden war. (MESOP v.18.9.2012/Azadî)

Türkische Polizei sprengt Demo zur Forderung nach kurdischsprachigem Schulunterricht - Wasserwerfer aus deutscher Produktion im Einsatz

Am 17. September löste ein Bericht von zwei Journalisten und einer Rechtsanwältin zufolge die türkische Polizei in mehreren kurdischen Städten gewaltsam Demonstrationen der im türkischen Parlament vertretenen „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP) für das Recht auf muttersprachlichen Unterricht auf. So wurde der Demo-Zug in der Stadt Sirnak von Panzerwagen aus mit Gasgranaten beschossen. Zum Einsatz ist ferner ein Wasserwerfer aus deutscher Produktion (Daimler-Benz Unimog) gekommen. Die Demo wurde von mehreren Dutzend GrundschülerInnen angeführt, die Plakate mit den verbotenen Buchstaben X, Q und W (die im türkischen Alphabet existieren) mit sich trugen und Parolen riefen für ein Recht auf kurdischsprachigen Schulunterricht. Zahlreiche Kinder und ältere Frauen sind durch den massiven Einsatz von Reizgas sowie durch den Strahl des Wasserwerfers verletzt worden. Beschossen wurde auch die BDP-Zentrale, in die sich viele Demo-TeilnehmerInnen geflüchtet hatten.

Vorübergehend nahm die Polizei während der gewaltsamen Auflösung der Demo zwei deutsche in der Türkei zur Menschenrechtslage recherchierende Journalisten fest. Auf einer Kamera haben die Staatsschutzbeamten alle Aufnahmen des Polizeieinsatzes gelöscht.

„Der Einsatz von Wasserwerfern und Reizgas gegen eine friedliche, zum großen Teil aus Kindern bestehende Demonstration zeigt, dass sich entgegen offizieller Verlautbarungen der AKP-Regierung an der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung nichts geändert hat. Der Umgang mit der Meinungsfreiheit und dem Recht auf Muttersprache sind Gradmesser dafür, inwieweit überhaupt die Bereitschaft der türkischen Regierung zu demokratischen Reformen besteht“, erklärten die Rechtsanwältin Brigitte Kiechle, die Journalistin Güz Güzal und ihr Kollege Dr. Nick Brauns, AugenzeugInnen der Geschehnisse in Sirnak. (PM v. 18.9.2012/Azadî)

Kolumbien: Verhandlungen zwischen FARC und Regierung beginnen Oktober

In einer seit Jahrzehnten andauernden kriegesischen Auseinandersetzung auf dem südamerikanischen Kontinent bahnt sich eine tiefgreifende Veränderung an. Am 4. September haben in einem offenbar abgesprochenen Vorgehen sowohl die kolumbianische Regierung als auch die FARC-Guerilla die Aufnahme von Friedensverhandlungen offiziell bestätigt. Als internationale Vermittler sind Norwegen und Kuba eingeschaltet. Die Verhandlungen sollen in der ersten Oktoberhälfte in Oslo offiziell eröffnet und dann in Havanna fortgesetzt werden. Strittig ist die Frage, ob die Verhandlungen mit einem Waffenstillstand zwischen Armee und Guerilla einhergehen. Während die FARC zu Beginn der Verhandlungen einen beiderseitigen Waffenstillstand vorschlagen wird, wurde dieses Angebot von Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos umgehend abgelehnt und sogar eine vorläufige Intensivierung der Militäroperationen gegen die Guerilla angekündigt. Aus einem dem Rundfunksender RCN zugespielten vertraulichem Papier geht hervor, dass die Verhandlungsthemen sehr umfangreich sind. So steht an erster Stelle auf der Agenda die ungerechte Landverteilung, die schon in den 1960er Jahren eine der Hauptursachen für das Entstehen der FARC war. Ziel sei eine gleichmäßige soziale und ökonomische Entwicklung des Landes, eine Klärung der Eigentumsfragen und eine klare Festlegung der Grenzen zwischen landwirtschaftlich genutzten und Schutzgebieten. Den Bauern, die aus Not auf den Anbau von Rauschpflanzen ausgewichen sind, sollen Alternativen eröffnet werden, angestrebt wird eine 'solidarische und kooperative Wirtschaft'. Auf der Verhandlungsagenda stehen auch Rechte und Garantien für die freie politische Betätigung aller Oppositionsgruppen nach einer möglichen Unterzeichnung eines Schlussabkommens.
(jw v. 1.9./6.9./8.9.2012/ Azadi)

„Krieg gegen den Terror“ forderte rund 1,7 Millionen Tote

Nach Schätzungen der „Ärzte gegen den Atomkrieg“ sind durch den „Krieg gegen den Terror“ bisher rund 1,7 Millionen Menschen getötet worden. „Wir trauern nicht nur um die 3 000 Menschen, die am 11. September 2001 ums Leben gekommen sind, sondern auch um die zahlreichen Opfer der Kriege in Afghanistan und Pakistan, im Iran und am Horn von Afrika“, erklärte der Vorsitzende der Organisation, Matthias Jochheim anlässlich des Jahrestages der Anschläge. Laut dem Report „Body Count – Opferzahlen nach zehn Jahren Krieg gegen den Terror“ vom Mai dieses Jahres haben allein im Irak aufgrund der US-Invasion über eine Million Menschen ihr Leben verloren.
(ND v. 11.9.2012/Azadi)

ECCHR und Alfredo Jaar erinnerten an den 39. Jahrestag des Militärputsches in Chile Ex-US-Außenminister Henry Kissinger hauptverantwortlich für Kriegsverbrechen

„Verhaftet Kissinger“ stand in dicken Lettern auf einer Anzeige, die in verschiedenen Tageszeitungen geschaltet wurde und mit der an den 39. Jahrestag des Militärputsches in Chile erinnert werden sollte. Für diese Aktion verantwortlich war der in Chile geborene Künstler Alfredo Jaar sowie das in Berlin ansässige „Europäische Menschenrechtszentrum“ (ECCHR). In drei Ausstellungen zeigte Jaar Installationen mit Originaldokumenten, die belegen, dass die damalige US-Regierung und insbesondere ihr Außenminister Henry Kissinger, am 11. September 1973 den Sturz der demokratisch legitimierten Regierung von Salvador Allende betrieben haben. Ein Sprecher des ECCHR bezeichnete den in Deutschland Geborenen als einen der „Hauptverantwortlichen, der von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten begangenen Kriegsverbrechen“. Seine Rolle sei bis heute weder untersucht worden, noch sei er für seine Verbrechen angeklagt worden. Hingegen werde er in Deutschland willkommen geheißen. Weil Kissinger auch in späteren Regierungen in verschiedenen Funktionen an der Eskalation von Konflikten in Vietnam, Laos und Kambodscha beteiligt gewesen ist, wurde die Anzeige auch in diesen Ländern geschaltet, wo Menschenrechtsorganisationen versuchen, Kissinger vor Gericht zu bringen.

Am 14. September haben der Künstler und Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, Mitbegründer des ECCHR, in einer öffentlichen Veranstaltung über das Zusammenwirken von Menschenrechtsorganisationen und Kunst diskutiert.

(ND v. 14.9.2012/Azadi)

Auch Bundeswehr will waffentaugliche Drohnen anschaffen Friedensforschungsinstitute fordern Ächtung dieser Waffen

Laut Angaben des Londoner „Bureau of Investigative Journalism“ sind allein in Pakistan bei über 340 Angriffen von computergelenkten bewaffneten Drohnen im „Kampf gegen den Terrorismus“ bis August dieses Jahres bis zu 3320 Menschen getötet worden – etwa 800 von ihnen Zivilisten, darunter über 170 Kinder. Die USA setzen diese unbemannten Flugkörper (Unmanned Aerial Systems) in Afghanistan, Pakistan, in Jemen und in Somalia ein. Ab spätestens dem übernächsten Jahr will auch die Bundeswehr solche Tötungsmaschinen anschaffen. „Aus rein militärischer Sicht müssen Drohnen bewaffnet sein“, so Generalleutnant Karl Müllner, Inspekteur der Luftwaffe.

Zur Zeit benutzt das deutsche Militär drei gemietete israelische Aufklärungsdrohnen vom Typ „Heron 1“ für Aufklärungsflüge. Der deutsch-französische Luft- und Raumfahrtkonzern EADS arbeitet an der Entwicklung von Systemen, die auch als Raketenträger eingesetzt werden können.

Marktanalysen in den USA prognostizieren für das kommende Jahrzehnt eine Steigerung der Ausgaben für bewaffnete Drohnen von zur Zeit 6,6 Milliarden auf 11,4 Milliarden Dollar.

Die Völkerrechtsexpertin und Juristin Mary Ellen O’Connell bezeichnet die Drohnenangriffe als „klare Verletzung des Völkerrechts“. Deutsche Friedensforschungsinstitute fordern die Bundesregierung auf, sich für eine internationale Ächtung dieser Waffen einzusetzen, weil hierdurch die „Hemmschwelle zum Griff nach militärischer Gewalt“ gesenkt würde.

(ND, 11.9.2012/Azadî)

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), hat sich ebenfalls für die Anschaffung bewaffneter Drohnen ausgesprochen. Sie könnten die Sicherheit von Soldaten bei Auslandseinsätzen erhöhen, wie er gegenüber der Süddeutschen Zeitung äußerte.

(jw v. 25.9.2012/Azadî)

Autonome Frauenorganisierung und Kämpfe in Kurdistan

Unter dem Titel „...damit die Freiheit nicht nur ein Wunsch bleibt“ haben das Kurdische Frauenbüro für Frieden e.V. (CENÎ) und die Informationsstelle Kurdistan (ISKU) eine Broschüre über die autonome Frauenorganisierung und Kämpfe in Kurdistan herausgegeben. Sie ist Cicek Botan (Guhar Cekirge) und Gülümse Esin (Rozerîn Pîran) gewidmet, die 2011 bei Bombenangriffen der türkischen Luftwaffe getötet wurden sowie der Fotografin Sarya Onur (Nurcan Demir), die im gleichen Jahr beim Widerstand gegen die Angriffe der iranischen Armee ihr Leben verloren hat und „allen Frauen, die sich für Frauenbefreiung und eine gerechte Welt einsetzen“.

Nach einer zweiseitigen Einführung und Erläuterung zur Entwicklung der kurdischen Frauenorganisierung, formulieren verschiedene Kämpferinnen mit eigenen Worten ihre Vorstellungen von einem Leben frei von Patriarchat und Kapitalismus. „Im Zuge dieses Kampfes haben es Frauen in diesem Prozess erstmals in der Geschichte geschafft, sich aus jeglicher Abhängigkeit zu lösen. Wir haben auf eigenen Wurzeln stehend in jeglicher Hinsicht unser Leben selbst organisiert, unsere eigenen Kraftquellen bestimmt, den militärischen und den politischen Kampf organisiert und geführt“, resümiert Cicek Botan ihr Leben als Militante in der kurdischen Bewegung.

Die Broschüre im DIN A 5-Querformat beeindruckt insbesondere durch wunderschöne (Porträt)-Fotos von Frauen in den Bergen Kurdistans und dadurch, dass sie in drei Sprachen – deutsch, spanisch und englisch – verfasst ist. Obwohl die Bedingungen in den Bergen „manchmal sehr schwer sind“, vermittelt die Broschüre eher das Gegenteil. Bilder von unerbittlichen Wintern, kraft- und nervenzehrenden Märschen, Gefechtssituationen und gefallenem Mitkämpferinnen sind nicht zu sehen. Aber das wäre eine andere Reportage. So soll Genossin Zaxo das letzte Wort haben. Sie ist trotz aller Härten überzeugt davon, dass „die Berge befreiende Elemente in sich tragen“. Dieser Funken allerdings springt bei der Lektüre dieser Broschüre über.

Die Broschüre ist zu einem Preis von 3,-- € zu beziehen über:

Cenî e.V., Corneliusstr. 125, 40215 Düsseldorf; www.ceni-kurdistan.com oder

ISKU e.V, Spaldingstr. 130 – 136, 20097 Hamburg; www.isku.org

Wie wird das Modell der „demokratischen Autonomie“ in die Praxis umgesetzt? Bericht über eine Reise nach Nordkurdistan

„Unter schwierigsten Bedingungen gelingt es der kurdischen Bewegung in Nordkurdistan (Südosten der Türkei) seit 2005, Strukturen für den Aufbau einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft zu schaffen. Ihren Kern bildet ein Räte-System, in dem sich die Bevölkerung in den Dörfern, Straßenzügen, Stadtvierteln und Stadträten basisdemokratisch organisiert. Diese Strukturen ermöglichen zwar noch keine autonome Lebensform jenseits der bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, aber sie stellen bereits heute eine relevante zivilgesellschaftliche Gegenmacht dar. Der radikal-demokratische Aufbruch der Kurd_innen bietet auch eine Inspiration für die Neugestaltung von Gesellschaften im Mittleren Osten und darüber hinaus.“ So wird eine kürzlich erschienene Broschüre über eine zehntägige Erkundungsreise im September 2011 in den Südosten der Türkei vorgestellt, die den politischen Gefangenen gewidmet ist, die wegen ihres Engagements für den Aufbau dieses neuen Gesellschaftsmodells in türkischen Gefängnissen inhaftiert sind. Die zehn Teilnehmer_innen, zumeist aktiv in der Kampagne TATORT KURDISTAN, wollten sich in erster Linie ein Bild davon machen, wie das Modell des Demokratischen Konföderalismus vor Ort in die Praxis umgesetzt wird. So führten sie Gespräche mit Aktiven zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Frauen- und Familienprojekte, Bildungsvereine, Umweltgruppen und Dorfkommunen. Wie zugespitzt die politische Situation in den kurdischen Gebieten seit 2009 ist, mussten die Reisenden mehrfach erfahren. Vielfach waren die von staatlicher Repression betroffenen Aktivist_innen, die sich innerhalb der Rätestrukturen organisiert haben, gezwungen, im Untergrund zu agieren oder es musste darauf verzichtet werden, die Namen der Interviewpartner_innen zu nennen. Die Delegation ist dennoch zu dem Fazit gelangt, dass die Menschen trotz aller Schwierigkeiten weiterhin das Ziel verfolgen, eine autonome Lebensform jenseits bestehender staatlicher Strukturen zu ermöglichen und der Aufbau der Demokratischen Autonomie sehr unterstützt werden sollte.

Die Broschüre „demokratische autonomie in nordkurdistan“ – Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie in der Praxis“ bietet neben der Vermittlung der ideologischen Ausrichtung des Konzepts in der Theorie des demokratischen Konföderalismus den Leserinnen und Lesern einen zwar schlaglichtartigen, aber dennoch tiefen Einblick in die Bemühungen der Kurdinnen und Kurden, das Theoriemodell in die Alltagspraxis umzusetzen. Dieser politische Reisebericht ist sehr lesens- und empfehlenswert als ein gewaltiger Denkanstoß für mögliche neue Perspektiven linker Bewegungen. Er sollte Anreiz sein, sich mit der Idee und Praxis dieses Konzepts der kurdischen Freiheitsbewegung auseinanderzusetzen und lebhaft zu diskutieren.

***Die fast 200 Seiten starke Broschüre (mit vielen Fotos) wurde herausgegeben von der Kampagne TATORT Kurdistan und kann bezogen werden bei der Mesopotamien Verlags- und Vertriebs GmbH, Gladbacher Str. 407B, 41460 Neuss, Tel. 02131 – 4069093 oder info@pirtuk.info oder im Buchhandel, ISBN 978-3-941012-60-8
Sie kostet 5,-- €.***

Eine Reise zu den Frauen in den kurdischen Bergen

Um den Alltag der Guerilla und ihre Organisations- und Vorgehensweise kennenzulernen, machte sich Carla Solina 1995 auf den Weg in die kurdischen Berge, ausgerüstet mit Kamera und Diktiergerät. Besonderes Augenmerk legte sie hierbei auf die Organisation und Situation der kurdischen Frauen bei der Guerilla, aber auch in den Flüchtlingslagern im Hinterland. Sie wollte Antworten finden auf die Fragen, mit welchen Schwierigkeiten und Widersprüchen, Hoffnungen und Fortschritten die Frauen konfrontiert sind, insbesondere vor dem Hintergrund der sehr traditionellen Familienstrukturen. Wie hat sie sich gegen die feudalen Clanstrukturen durchsetzen und wie ihr Selbstbewusstsein entwickeln können. Bei diesem Augenzeugenbericht handelt es sich um eine Neuauflage aus dem Jahre 1997.

***Carla Solina: „Der Weg in die Berge – Eine Frau bei der kurdischen Freiheitsbewegung“, Mesopotamien Verlags- und Vertriebs GmbH, s.o.
oder im Buchhandel, ISBN 978-3-941012-59-2
428 S., Preis: 10,-- €***

NEU ERSCHIENEN

Entwicklungsgeschichte linker Antirepressionsarbeit nach 1968

Mit dem Buch „Die Solidarität organisieren“ hat Hartmut Rübner eine publizistische Lücke geschlossen. Auf 300 Seiten schildert der Autor die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der linken Antirepressionsstrukturen nach dem Aufbruch von 1968. „Neben der schwerpunktmäßigen Darstellung der Anfänge der miteinander konkurrierenden Rote Hilfe-Gruppen Anfang der 70er Jahre, richtet sich der Blick auch auf parallel existierende Solidaritäts- und Antirep-Gruppen wie die Schwarzen Hilfen, das Initiativkomitee Arbeiterhilfe Hamburg-IKAH oder der Roten Hilfe in der Schweiz.“ Der Band ist reichhaltig illustriert und dokumentiert auf diese Weise anschaulich den Wert linker Unterstützungsarbeit für alle von staatlicher Repression betroffene politische Aktivist_innen.

Hartmut Rübner: „Die Solidarität organisieren“. Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968, Rotes Antiquariat-Plättners Verlag, Berlin – www.rotes-antiquariat.de, Preis: 16,80 €

Israelische Soldatinnen und Soldaten brechen ihr Schweigen über ihren Einsatz in Westjordanland und im Gazastreifen

Israelische Regierung beschimpft Menschenrechtsgruppe als „Terrorhelfer“

„Wir wollen darüber aufklären, was sich hier seit der zweiten Intifada im Westjordanland und im Gazastreifen zwischen Palästinensern und Siedlern abspielt,“ erklärt ein Aktivist der Gruppe „Breaking the silence“. Als eines der wichtigsten politischen Bücher zum israelisch-palästinensischen Konflikt in diesem Jahr dürfte das Buch gleichen Names sein. Darin schildern israelische Soldatinnen und Soldaten von ihrem Einsatz in den besetzten palästinensischen Gebieten. Die knapp 150 jungen Israelis brechen mit ihren Aussagen das Schweigen über ihre Erlebnisse und Verwicklung in diesem Krieg.

Die gleichnamige Menschenrechtsgruppe hat in mehr als 400 Seiten die schockierenden Gespräche und Schilderungen von Übergriffen und inhumanen Handlungen der israelischen Armee an Palästinensern dokumentiert. „Was mir echt den Rest gegeben gab“, so ein Fallschirmspringer, der 2002 in Gusch Etzion stationiert war, „war der Brigadekommandeur, der sich während der Einsatzbesprechung vor uns hingestellt hat und gesagt hat, dass wir uns in einer Hudna (Waffenruhe) befänden, eine heikle Situation – er erzählt davon und eine Minute später sagt er uns: Auf jedes Kind, das Sie mit einem Stein sehen, dürfen Sie schießen! Auf das Kind schießen, um zu töten. Ein Stein!“ In seiner Truppe habe man sich anschließend darüber gestritten, dass sie für den Vorgesetzten hätten Armeestiefel tragen sollen statt der sonst üblichen Wanderstiefel.

Die israelische Regierung stigmatisiert – man möchte sagen, wenig überraschend – die Menschenrechtsgruppe als „Helfer des Terrors“ und beschimpft sie als „Verräter“. Auf einem der zahlreichen Fotos ist auf eine Mauer in einer von jüdischen Siedlern bewohnten Stadt gesprüht: „Arabs to the Gas chambers!“

Bis zum 29. September war im Willy-Brandt-Haus in Berlin die Fotoausstellung „Zeugnisse einer Besatzung – Israelische Soldaten berichten“ zu sehen.

„Breaking the Silence. Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten“ Econ-Verlag, Berlin 2012, 416 Seiten, 19,99 Euro.

NEU ERSCHIENEN

AZADI
FREIHEIT